

Vom Leid der Frauen wird niemand erfahren

Die Taliban sind zurück an der Macht, die von den USA gestützte Regierung ist vertrieben, und Europa fürchtet eine neue Flüchtlingskrise. Sind die Taliban gemässigt? Wohl kaum. Die zehn wichtigsten Fragen und Antworten zu den neuen Herrschern von Afghanistan.

Michael Wrase und Fabian Hock

1 Wie gemässigt sind die «neuen Taliban» wirklich?

Bis zu ihrem Sturz im Jahr 2001 hatten die Taliban das islamische Scharia-Recht in extrem brutaler, menschenverachtender Weise interpretiert. Eine 180-Grad-Wendung ist daher nicht zu erwarten. Allerdings werden sie auch den «Steinzeit-Islam» aus den 1990ern nicht mehr in dieser Form praktizieren können. Wie ihre versprochenen Korrekturen aussehen werden, ist gegenwärtig schwer zu beurteilen. Als sicher gilt, dass sie in der Hauptstadt Kabul, wo viele pro-westlich orientierte Kräfte leben, gemässigt auftreten werden als in ihren Hochburgen in den ländlichen Regionen. Wenn dort einer Frau Leid angetan wird, wird es niemand erfahren.

2 Was unterscheidet sie von den Taliban der 1990er?

Sie haben vermutlich aus ihren Fehlern von damals gelernt und wissen inzwischen, wie man sich auf dem diplomatischen Parkett bewegt. Sie haben mit Russland und China neue Partner gefunden, was für den Westen besonders schmerzhaft ist. Das neue Taliban-Regime wird gut vernetzt sein.

3 Warum leiden besonders Frauen unter den Taliban?

In den 1990er-Jahren hatten die Taliban die massive Unterdrückung und Terrorisierung von Frauen mit deren angeblicher «Sündhaftigkeit» begründet. Da sie die Sünde verkörperten und Unruhe verbreiteten, lautete die Argumentation, dürften sie nur eingeschränkt und tief verschleiert in die Öffentlichkeit. Diese Ansicht soll nun revidiert worden sein. Behaupten zumindest die Taliban dieser Tage, was abzuwar-

ten bleibt. Aus den afghanischen Provinzen kommen bereits Berichte, nach denen Frauen auf den Strassen von den Gotteskriegern drangsaliert werden.

4 Wer sind ihre Partner im Ausland?

Vor allem Pakistan, wo – trotz Dementis der Pakistaner – Taliban nicht nur ideologisch geschult, sondern auch militärisch ausgebildet werden. Da Pakistan das riesige Indien fürchtet, sind gute, wenn nicht gar herzliche Beziehungen mit Afghanistan für Islamabad ein Muss. Als Binnenstaat ist Afghanistan wiederum auf Pakistan und auf dessen Häfen angewiesen. Auch mit Iran streben die Taliban – trotz ideologischer Differenzen – gute Beziehungen an. Politisch isoliert, das haben die Taliban inzwischen begriffen, werden sie sich nicht an der Macht behaupten können.

5 Warum scheiterten die USA in Afghanistan?

Der von den USA entworfene Plan, Afghanistan in einen zentralen, einheitlichen Staat zu verwandeln, war zum Scheitern verurteilt. Milliarden des Westens wurden nach Kabul gepumpt, wo sie von einer völlig korrupten Politikerklasse verschlungen wurden. Ihre Loyalität gegenüber dem Westen war nur vorgespielt. Vom Volk wurden diese Leute niemals anerkannt. Währenddessen verkümmerten die Provinzen, in denen, wie man jetzt sieht, die Taliban in den letzten Jahren mit ihrer Basisarbeit erfolgreich waren. Ohne Rückhalt in der Bevölkerung wäre ihr schneller Vormarsch nicht möglich gewesen.

6 Wie konnten die Taliban das Land so schnell einnehmen?

Seit dem im Februar 2020 in Katar unterzeichneten sogenannten «Friedensabkom-



Bewaffnete Talibankämpfer.

BILD KEY

In den 1990er-Jahren hatten die Taliban die massive Unterdrückung und Terrorisierung von Frauen mit deren angeblicher «Sündhaftigkeit» begründet.

men» zwischen den Taliban und den USA war klar, dass die US-Streitkräfte Afghanistan verlassen würden. Von diesem Zeitpunkt an standen nur noch die persönlichen Interessen der «Regierenden» in Kabul im Vordergrund. Sie brachten ihre US-Dollars ins Trockene, um am «Tag X» zu verschwinden. Regierungsaufgaben wollte niemand wahrnehmen, in der aufgeblähten Armee wollte niemand kämpfen.

7 Warum intervenierten die USA überhaupt in dem Land?

Nach den in Afghanistan von Osama bin Ladens Al-Kaida vorbereiteten Anschlägen des 11. September 2001 mussten die USA handeln und das Terrorregime der Taliban zu Fall bringen. Das gelang auch relativ schnell. Rückblickend war es ein Fehler,

nach dem Sturz der Taliban Ende November 2001 zu bleiben. Den USA und ihren westlichen Partnern hätte klar sein müssen, dass sie schon bald als Besatzungsmacht wahrgenommen werden.

8 Waren 20 Jahre Krieg umsonst?

Ja. Die Taliban sind nach Jahren wieder in Kabul, haben die Hauptstadt sogar kampfflos eingenommen.

9 Wird Afghanistan ein Hort für internationale Terroristen?

Das erscheint unwahrscheinlich. Eine Garantie gibt es aber nicht. Wegen der Beherrschung von bin Ladens Al-Kaida wurden die Taliban von den USA vor 20 Jahren aus Kabul gebombt. Die Fehler von damals dürften die Islamisten daher nicht wiederholen. Trotzdem könnte sich die internationale Dschihadistszene nach dem «Sieg über die USA» von den Taliban inspiriert fühlen und nach Kabul pilgern, um die «neuen Helden» zu feiern und um von ihnen zu lernen.

10 Kommt es zu einer erneuten Militärintervention?

Vieles wird davon abhängen, wie die zunächst so chaotische Evakuierung der Ausländer und deren afghanischer Helfer, der sogenannten «Ortskräfte», am Flughafen von Kabul weitergeht. Verläuft sie ohne grössere Zwischenfälle, gibt es eigentlich keinen Grund für eine militärische Intervention in Form von Luftschlägen. Die militärische Position des Westens in Kabul ist allerdings schlecht. Die Taliban könnten mit wenigen Artillerieschlägen oder dem Abschuss einer Boden-Luft-Rakete den Flughafen der afghanischen Hauptstadt lahmlegen. Man wird verhandeln, um Lösungen zu finden. Das geschieht derzeit in Katar.

Nachgefragt

«Der einzige Hebel ist jetzt die Entwicklungshilfe»

Herr Kunz, wie hat sich die Machtübernahme der Taliban auf die Arbeit der Afghanistanhilfe ausgewirkt?

Michael Kunz: Unsere Projekte laufen trotz der grossen Umwälzungen so wie bis anhin – auch wenn die Situation sehr besorgniserregend ist. Wir versuchen, eine pragmatische Lösung mit den Taliban zu finden, gerade was den Betrieb der von uns errichteten Schulen angeht. Sollten die Taliban darauf bestehen, dass dort nun radikale Inhalte vermittelt werden – und die Kinder so indoktriniert würden – wäre damit allerdings eine rote Linie überschritten. Dann sähen wir uns gezwungen, die Hilfe im Bildungsbereich einzustellen. Sollten Mädchen künftig vom Schulunterricht ausgeschlossen werden, würden wir schweren Herzens dennoch weiter Bildungseinrichtungen bauen. Wir würden dann nicht auch noch die Jungen für einen solchen Entscheid bestrafen wollen.

Was sagen ihnen Leute vor Ort über die neue Situation?

Kunz: Es ist vor allem eine grosse Angst, welche die Leute mir gegenüber zum Ausdruck bringen. Frauen weinen am Telefon. Sie fürchten, Rechte auf Bildung und auf eine freie Berufswahl zu verlieren. Zudem können sie sich nicht mehr frei bewegen. Viele Taxifahrer weigern sich, Frauen ohne männliche Begleitung ins Fahrzeug zu lassen. Man hört, dass Universitäten keine Frauen mehr zulassen – wohl aus Angst oder aus vorauseilendem Gehorsam. Natürlich höre ich auch von vielen Menschen, die verzweifelt versuchen, aus Afghanistan zu fliehen. Aber die Schweizer Botschaft für Afghanistan ist in Pakistan. Leute können für die Ausstellung



Michael Kunz, Präsident Afghanistanhilfe

Kunz ist seit 2013 Präsident der Afghanistanhilfe Schaffhausen. Gegründet wurde der Verein 1988.

eines Visas – wie sie das müssten – nicht einfach persönlich dort vorstellig werden. Der einzige Hebel, den wir jetzt noch haben, ist die Entwicklungshilfe. Das ganze Gesundheitswesen wird vom Ausland finanziert. Die Taliban haben ein Interesse daran, dass dies weiterhin so bleibt. Wir müssen versuchen, mit diesem Hebel für die Menschen in Afghanistan so viel wie möglich rauszuschlagen. Die Kommunikation mit den Taliban jetzt aus falschem Stolz einfach abzubrechen, wäre ein grosser Fehler.

Haben Sie noch Kontakt mit Sima Samar, welche eine ihrer Partnerorganisationen gegründet hat und sich als ehemalige Vize-Präsidentin Afghanistans an vorderster Front für Frauenrechte eingesetzt hat?

Kunz: Sie spricht zurzeit nicht viel und hat Angst. Sima Samar hat noch vor der Eskalation der Ereignisse in den USA ihre Kinder besucht. Nachdem Sie bereits ihr Retourticket gebucht hatte,

überschlugen sich in Afghanistan die Ereignisse. Deshalb sah sie davon ab, in ihre Heimat zurückzukehren. Dort wäre sie grösster Gefahr ausgesetzt, da sie als prominente Gegnerin der Taliban auftrat. Ihr Ehemann ist zurzeit in Kabul und hat mir berichtet, dass die Taliban vorbeigekommen sind und Waffen und Fahrzeuge konfisziert haben.

Die Taliban geben sich geläutert, was halten sie von den gemachten Versprechungen?

Kunz: Leider muss ich sagen, dass sich die Taliban, die jetzt am Hebel der Macht sitzen, nicht geändert haben. Ich gehe davon aus, dass sie ihre Versprechen brechen und trotzdem Rache üben werden. Gerade habe ich zum Beispiel gehört, dass vier Männer in einem Stadion in Kandahar erschossen wurden. Andererseits ist es freilich unmöglich, solche Berichte zu prüfen. Es ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz klar, was die Taliban wollen. In Jaghori wo wir einen Spital betreiben, kommen sie jeden Tag vorbei, stellen Fragen und ziehen dann wieder ab. Wir müssen abwarten.

Wie sieht die Zukunft der Afghanistanhilfe aus?

Kunz: Wir bleiben aktiv! Wir konnten eine ganze Generation an Kindern ausbilden. Die Pflanze wurde von den Taliban nun abgeschnitten, aber die Wurzel lebt noch. Es sieht danach aus, dass der Westen zu schnell vorwärts preschen wollte. Nun müssen wir einige – wohl sogar sehr viele – Schritte zurückgehen. Aber dann können wir auch wieder vorwärtsgehen.

Interview: Tobias Bolli

Ein Asyl-Hardliner zu Besuch in Bern

Österreichs Innenminister polarisiert. Mit Karin Keller-Sutter sprach er über die Lage in Afghanistan und Schengen.

BERN. Er ist einer der engsten Vertrauten des österreichischen Bundeskanzlers: Innenminister Karl Nehammer ist Sebastian Kurz' Mann fürs Grobe. Der langjährige Generalsekretär der konservativen ÖVP ist ein asyl- und migrationspolitischer Hardliner. Jüngst sorgte Nehammer mit seinem Festhalten an Ausschaffungen nach Afghanistan für Schlagzeilen. Sein Ministerium arbeite weiterhin an einem Ausschaffungsflug: «Wir müssen so lange abschieben, wie es geht», sagte Nehammer in einem Interview mit der «Kleinen Zeitung», das am Sonntag erschien – dem Tag, als Kabul von den Taliban erobert wurde.

Mit dem Fall Kabuls wurden Ausschaffungen nach Afghanistan unmöglich. Deshalb forderte Nehammer vor einer Videokonferenz der EU-Innenminister am Mittwoch die Einrichtung von «Abschiebezentren» in den Nachbarländern Afghanistans. Gestern war Nehammer in Bern zu einem Arbeitsbesuch bei Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP). Während ihrer Amtszeit als Sicherheitsdirektorin des Kantons St. Gallen (2000–2012) wurde sie von links ebenfalls als asylpolitische Hardlinerin kritisiert. Als Ständerätin nahm sich Keller-Sutter ab 2011 wirtschafts- und sozialpolitischer Themen an. Der Vorwurf verstummte. Doch seit ihrer Wahl in den Bundesrat ist sie als Justizministerin wieder mit der Asylpolitik beschäftigt. Im Vergleich zu ihrem österreichischen Kollegen gab sie sich beim gemeinsamen Medientermin in Bern zurückhaltend. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass Rückführungen nach Afghanistan unmöglich seien, wes-

halb die Schweiz diese Verfahren ausgesetzt habe. Auf Nehammers Idee von Abschiebezentren angesprochen, sagte Keller-Sutter diplomatisch: «Man muss sich darauf konzentrieren, was jetzt im Raum ist.» Abschiebezentren seien «dann vielleicht einmal eine nächste Frage».

«Wir sehen nicht tatenlos zu»

Nehammer verteidigte seinen Vorschlag als notwendig für eine «glaubwürdige Rechtsstaatlichkeit». Abschiebezentren in der Region ermöglichen es den EU-Staaten, weiterhin Afghanen aus der Union auszuschaffen. Das sei ein Signal dafür, dass «wir nicht tatenlos zusehen», wenn eine Ausschaffung aus rechtsstaatlichen oder polizeilichen Gründen notwendig werde. Bei anderen Fragen herrschte Einigkeit. Es brauche endlich eine Reform des Schengen-Dublin-Systems, sagte Keller-Sutter: «Wir sind beide ernüchtert über die nicht vorhandenen Fortschritte in diesem Bereich.» Beim Thema Afghanistan betonten Keller-Sutter und Nehammer, dass Hilfe vor Ort Priorität habe. Beide sicherten der UNO-Flüchtlingsorganisation die Unterstützung der Schweiz und Österreichs zu.

Keller-Sutter stellte klar, dass der Bundesrat die Aufnahme grösserer Flüchtlingsgruppen derzeit ablehne. Auch Visaerleichterungen für Verwandte von in der Schweiz lebenden Afghanen sind nicht geplant. Falls sie die notwendigen Bedingungen erfüllten, könnten Afghanen aber auch heute bei einer Schweizer Vertretung im Ausland ein humanitäres Visum beantragen, sagte Keller-Sutter. Das Problem: In Afghanistan gibt es keine Schweizer Vertretung. Und die Ausreise aus dem Land ist momentan kaum möglich, wie die Bundesrätin vor den Medien erklärte hatte. (chm)